

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum

14.04.2022

Ausschussbetreuender Fachbereich

Stabsstelle Gleichstellungsstelle

Schrifführung

Monika Koppe

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Sitzung am Donnerstag, 17.03.2022

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:03 Uhr - 19:00 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis, [Anlage 1](#)

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 18.11.2021
0083/2022**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6** **Aktueller Sachstand Handlungskonzept Wohnen und Baulandstrategie**
0847/2022
- 7** **Sozialbericht 2021 für den Rheinisch-Bergischen Kreis**
0113/2022
- 8** **Gleichstellungspolitische Informationen**
0110/2022
- 9** **Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 9.1** **Jahresbericht über Tätigkeiten und Engagement des Integrationsrates 2021**
0808/2021
- 9.2** **Bestandsaufnahme aller Migrantenorganisationen in Bergisch Gladbach**
0799/2021
- 9.3** **Finanzierung von zwei Workshops im Rahmen des Friedenstages an der Integrierten Gesamtschule Paffrath**
0794/2021
- 9.4** **Beteiligung des Integrationsrates an der Auftaktveranstaltung im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2022**
0809/2021
- 10** **Wahl eines Beiratsmitgliedes zur stellvertretenden Teilnahme des Inklusionsbeirates am Ausschuss für Infrastruktur, Umwelt, Sicherheit und Ordnung**
0013/2022
- 10.1** **Wahl eines neuen Beiratsmitgliedes als Nachfolge eines ausgeschiedenen Mitglieds**
0014/2022
- 10.2** **Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Inklusionsbeirates**
0015/2022
- 10.3** **Entsendung von einem Beiratsmitglied sowie einer persönlichen Stellvertretung in den neu zu bildenden Ausschuss "Ausschuss für die Konversion des Zandersgeländes"**
0104/2022
- 11** **App: Gut versorgt in Bergisch Gladbach**
0070/2022
- 11.1** **Information zur Seniorenkulturwoche**
0114/2022
- 11.2** **Wahl eines Beiratsmitgliedes zur Teilnahme des Seniorenbeirates am Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Mann und Frau sowie Wahl eines beratenden Mitglieds und deren Stellvertretung für den Ausschuss für die Konversion des Zanders-Gelände**
0122/2022
- 12** **Bericht über das geordnete Auszugsmanagement im Rahmen des Kommunalen**

Integrationsmanagements der Stadt Bergisch Gladbach
0044/2022

- 13** **Projekt "Aufsuchende Hilfen Bergisch Gladbach Innenstadt" - Jahresbericht 2021 des Netzwerkes Wohnungsnot**
0092/2022
- 14** **Unterbringungssituation im Bereich Flüchtlinge**
0829/2021
- 15** **Anträge der Fraktionen**
- 16** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Frau von Berg eröffnet die 06. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der zehnten Wahlperiode. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Vertretungsverhältnisse und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Teilnehmenden wurde von der Schriftführerin erfasst.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Frau von Berg erfragt, ob gegen die Niederschrift Einwände erhoben werden.

Da dies nicht der Fall ist, gilt die Niederschrift zur Sitzung am 18.11.2021 als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 18.11.2021

0083/2022

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Frau von Berg weist darauf hin, dass mit der Verwaltung vereinbart wurde, über die Flüchtlinge aus der Ukraine im Rahmen von TOP 14 „Unterbringungssituation im Bereich der Flüchtlinge“ zu sprechen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters vor.

6. Aktueller Sachstand Handlungskonzept Wohnen und Baulandstrategie

0847/2022

Herr Migenda erklärt zur Vorlage, dass das Handlungskonzept weitreichende Auswirkungen für die Stadt haben werde. Bereits im Jahr 2017 wurde die Verwaltung durch die politischen Gremien beauftragt, ein wohnungspolitisches Handlungskonzept zu erstellen sowie den bisherigen Beschluss zum Baulandmanagement zu prüfen und ggf. neue Beschlussvorschläge zu formulieren.

Anfang 2020 wurde das Büro Quaestio beauftragt ein Handlungskonzept Wohnen sowie Analysen zur Ausdifferenzierung der Baulandstrategie zu erstellen.

Der Verwaltung liege nun eine entsprechend fortgeführte Ausarbeitung vor, diese werde im Moment im zuständigen FB 6 bearbeitet, hier fast ausschließlich von Herrn Lassotta.

Über die Zeitschiene werde Herr Lassotta berichten. Es sei eine Handlungsempfehlung entstanden, die nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für Investoren eine Orientierung gebe. Es gelte bei der Vielzahl der Anfragen durch Investoren zu kanalisieren, dass es auch eine soziale Gerechtigkeit gebe und Wohnraum trotz stetig steigender Preise für untere Einkommen zu schaffen sei. Leider ist der soziale Wohnungsbau bereits die letzten 20 Jahre etwas aus dem Fokus geraten.

Herr Lassotta führt zur Zeitschiene aus, dass die verwaltungsinterne Abstimmung des Konzeptes fast abgeschlossen sei. Danach werde das Büro Quaestio final den Endbericht überarbeiten. Wenn diese Überarbeitungen abgeschlossen seien, werde man das Konzept vorstellen und in die politische und öffentliche Diskussion einsteigen. Herr Lassotta hoffe, dass das fertige Konzept bis zum nächsten ASWDG am 19.05.2022 bereits vorliege. Es solle dann ein Beschluss zur öffentlichen Beteiligung gefasst werden. Im Nachgang würden die Anregungen aus der öffentlichen Beteiligung durch Bürgerschaft, Wohnungswirtschaft, Politik etc. eingearbeitet und am Ende solle im Rat ein finaler Beschluss zur Umsetzung des Handlungskonzeptes gefasst werden.

Frau Holz-Schöttler erfragt, ob auch auf dem Zanders-Gelände sozialer Wohnungsbau geplant werde.

Herr Migenda teilt mit, dass mit dem Handlungskonzept vorerst nur allgemeine Zielsetzungen festgelegt werden und man noch nicht auf einzelne Grundstücke schaue. Natürlich werde das Zanders-Gelände bei der Umsetzung sicher eine Rolle spielen. Aber erst im nächsten Schritt.

Herr Dettmer fragt nach, wie die öffentliche Beteiligung stattfinden werde?

Herr Lassotta teilt dazu mit, dass zurzeit geplant sei, die öffentliche Beteiligung durch die Verwaltung stattfinden zu lassen. Der Auftrag mit dem Büro Quaestio sei mit der Erarbeitung des Handlungskonzeptes abgeschlossen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. Sozialbericht 2021 für den Rheinisch-Bergischen Kreis **0113/2022**

Die Sozialplanerin Frau Dr. Hörstermann vom RBK trägt die aktuellen Ergebnisse des kreisweiten Sozialberichts für das Jahr 2021 vor.

Der Bericht umfasst den gesamten Bergischen Kreis. Es liegen einige Ansichtsexemplare aus. Der Bericht kann aber auch unter www.rbk-direkt.de/sozialplanung.aspx angesehen werden.

Die Beschreibung der Wohnplätze im Bericht konzentriert sich auf die Wohnplätze, für die die kleinräumige Auswertung einen hohen bzw. sehr hohen Handlungsbedarf initiiert habe. Um festzustellen, welche Wohnplätze einen hohen Handlungsbedarf haben, wurden 29 Indikatoren ausgewertet und es wurde untersucht, wie stark weichen diese, jeweils in Standardabweichung gemessen, vom Kreismittelwert ab.

Anhand einer PowerPoint-Präsentation erläutert Frau Dr. Hörstermann die Ergebnisse für die Wohnplätze Gronau/Hand; Stadtmitte/Heidkamp sowie Bockenberg, bei denen die Auswertung einen hohen Handlungsbedarf festgestellt hat.

Eine Maßnahme für Gronau-Hand, die aus der Auswertung beschlossen wurde, ist das Stadtteilhaus mit angeschlossener KiTa Windrad. Hier ist ein interkultureller Treffpunkt geplant.

Hauptzielgruppe sind Kinder, Jugendliche und ihre Eltern.

Welche Angebote genau stattfinden, soll mit den Anwohnern, die ein Mitspracherecht haben, erarbeitet werden.

Noch nicht alle Räume konnten bezogen werden. Bisher sind hier der Jugendmigrationsdienst, eine Bildungs- und Teilhabe-Beratungsstelle sowie eine Jugendreferentin ansässig. Die Angebote werden noch ausgeweitet. Darüber hinaus sind auch Angebote im Außenbereich geplant. Das

Jobcenter wird eine Außensprechstunde anbieten und die KiTa wird zu einem Familienzentrum qualifiziert. Das Jobcenter berät dort auch Familien im SGB II-Bezug, die Kinder im Alter vom Übergang zum Beruf haben.

Für den Handlungsraum Stadtmitte-Heidkamp zeichne sich ab, dass hier die Altersstruktur eine andere ist, deshalb ist dieser Stadtteil eher von Altersarmut und eingeschränkter Mobilität der Seniorinnen und Senioren betroffen. Hier soll als Maßnahme die interkulturelle Begegnungsstätte PAULA zu einem intergenerationalen Ort der Begegnung werden. Im ersten Halbjahr 2022 soll eine Sozialraumkonferenz stattfinden. Eine Außensprechstunde des Job-Centers im Caritas-Haus an der Cederwaldstraße soll eingerichtet werden.

Der Wohnplatz Bockenberg hat einen hohen Ausländeranteil, hier leben 40 Nationalitäten. Des Weiteren leben hier Menschen mit einem besonders hohen SGB II-Bedarf. Bei den einzuschulenden Kindern wurde ein hohes Sprachdefizit festgestellt.

Hier gebe es bereits ein umfangreiches soziales Netzwerk durch die Stadt mit niederschweligen Beratungsangeboten. Hier wurde als Zielgruppe Junge Menschen und ihre Familien ausgemacht. Im Wohnbereich gibt es sehr gute Begegnungspunkte, diese seien aber nicht gut gepflegt und auch sanierungsbedürftig. Durch leerstehende Geschäftsräume seien viele Möglichkeiten gegeben. Diese wurden auch bereits in das InHK der Verwaltung aufgenommen. Leider sind diese Maßnahmen nur befristet und sollten irgendwann auf Dauer angelegt werden.

Die Präsentation ist der Niederschrift unter Anlage 2 beigelegt.

Frau von Berg bedankt sich für den anschaulichen Bericht.

Frau Holz-Schöttler stellt heraus, dass sie es besonders wichtig finde, dass auch das Jobcenter in allen Stadtteilen vertreten sei.

Herr Hermann teilt mit, dass hier ein sehr hoher finanzieller Aufwand betrieben werde und erfragt, ob hier nicht viel mehr Personal benötigt würde, um den Menschen die Projekte näher zu bringen?

Herr Tillmann teilt mit, dass die Verwaltung fünf Sozialräume habe, wo die Verwaltung seit ca. 15 Jahren sehr erfolgreich mit verschiedenen Trägern und Kooperationspartnern zusammenarbeite. Es haben sich dadurch feste Hilfestrukturen gebildet. Es gebe kein einheitlich, genormtes Hilfeangebot, da jeder Sozialraum seine Eigenheiten habe. Die Akteure entschieden darüber, wo Defizite seien und dann werde das passende Angebot eingebracht.

Bisher wurden diese größtenteils über ein Förderprogramm finanziert. Dazu gehörten auch 6,6 Stellenanteile für die Kooperation und konkrete Angebote. Das bisherige Förderprogramm sei im letzten Jahr ausgelaufen. Das neue Förderprogramm bezuschusse vor allem die Schulsozialarbeit, deshalb müsse mit weniger Geld für die bisherigen Angebote ausgekommen werden.

Herr Kochan bedankt sich für den Vortrag und teilt mit, dass die Ergebnisse aus diesem Bericht für die Planung und Erschließung des Wachendorff-Gebietes in Gronau von großem Interesse seien.

Diverse Fragen von den Ratsmitgliedern werden durch Frau Dr. Hörstermann wie folgt beantwortet:

Die Erhebung zeige regionale Ungleichheiten und Benachteiligungen, die sich gerade im Kindesalter auch lange in den Biografien der Kinder nachvollziehen lassen.

Dazu, ob sich (Sprach)-Defizite im Laufe eine Schullaufbahn verringern, liegen keine Zahlen vor, da am Ende einer Schullaufbahn keine Zahlen erhoben werden.

Bei der Erhebung suche man nicht nach Defiziten, sondern nur dort, wo der Index-Wert sehr hoch sei, würde man einen Handlungsbedarf ausmachen.

Zur Nachhaltigkeit und Hilfe zur Selbsthilfe teilt sie mit, die Maßnahmen seien so angelegt, dass man auch auf ehrenamtliche Strukturen baue und die Maßnahmen so ausrichte, dass sie eine Hilfe zur Selbsthilfe mitbeinhalten.

Herr Tillmann teilt mit, die Verwaltung definiere sich mit den Netzwerken als Struktur, die die Bildungslandschaft stärken soll, da die Sprachfähigkeit ein extrem wichtiger Aspekt einer positiven Bildungskarriere sei. Es gebe z. B. das Programm „FiSch - Fit in die Schule“. Dabei handele es sich um ein Förderprojekt für Vorschulkinder und gestalte bewusst kleinschrittig den Übergang aus der Kindertagesstätte in die Schule. Der Förderschwerpunkt liege im sprachlichen Bereich. Eine Rückfrage bei den Schulleitungen ergab, dass das Programm sehr hilfreich sei.

Beim Förderprogramm liege ein Ministeriumswechsel vor. Das Programm sei jetzt dem Bereich „Schulen“ zugeordnet. Bisher konnte man mit den Trägern über Angebote verhandeln. Jetzt müsse man immer die Schulen mit im Boot haben. Was aber kein Problem sei. Man könne die gewachsenen Netzwerke auch für die Schulen nutzen.

Zur Frage, ob Sportvereine nicht stärker eingebunden werden können, teilt Herr Tillmann mit, dass gerade mit dem Stadtsportbund Bergisch Gladbach e.V. ein Kooperationsvertrag geschlossen wurde, der nach vorgefertigten Kriterien im Förderzeitraum insgesamt 50.000 € für Projekte der ihm angeschlossenen Sportvereine bewilligt und ausschüttet. Es werde aber keine Stelle in den Sportvereinen gefördert, diese laufen jetzt nur über die Schulen. Die 6,63 Stellen die man bisher hatte, wurden dadurch bereitgestellt, dass viele kleine Nachbargemeinden hier keine Fördergelder abgerufen haben. Dadurch wurde uns eine 0,6-Stelle mehr zugeteilt. Im Rahmen von Schulsozialarbeit haben auch die kleinen Kommunen Fördergelder beantragt, sodass wir jetzt nicht mehr so hohe Fördergelder zugesprochen bekommen. Es werden 5,5 Stellen beplant, aber hier müsse gesondert entschieden werden, da mit der geförderten Summe nur 4,8 Stellen einzurichten seien. Dazu gebe es einen gesonderten Antrag, auf freiwilliger Basis die 4,8 Stellen auf 5,5 Stellen zu erweitern.

Frau Hellwig weist darauf hin, dass es zur Schulsozialarbeit eine Vorlage im Jugendhilfeausschuss und Rat gebe.

Die Vorlage wird zu Kenntnis genommen.

8. Gleichstellungspolitische Informationen
0110/2022

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

9.1. Jahresbericht über Tätigkeiten und Engagement des Integrationsrates 2021
0808/2021

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Bestandsaufnahme aller Migrant*innenorganisationen in Bergisch Gladbach
0799/2021

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9.3. Finanzierung von zwei Workshops im Rahmen des Friedenstages an der Integrierten Gesamtschule Paffrath
0794/2021

Es wird der folgende **Beschluss** gefasst:

Der Finanzierung der Workshops „Hatespeech/Alltagsrassismus“ und „Corona hat mir alles geraubt/Mut- und Zukunftsperspektiven nach der Pandemie“ im Rahmen des Friedenstages an der Integrierten Gesamtschule Paffrath am 27.01.2022 wird zugestimmt. Die finanziellen Mittel in Höhe von 492 € werden aus dem Integrationskonzept zur Verfügung gestellt.

Der Beschluss sollte zunächst in der Sitzung am 01.02.2022 gefasst werden, welche aufgrund der pandemischen Lage ausgefallen ist.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

9.4. Beteiligung des Integrationsrates an der Auftaktveranstaltung im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2022
0809/2021

Es wird folgender **Beschluss** gefasst:

Zur Durchführung einer Auftaktveranstaltung im Rahmen der Internationalen Woche gegen Rassismus 2022 Mittel aus dem Integrationskonzept in Höhe von 732,50 € zur Verfügung zu stellen.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

10. Wahl eines Beiratsmitgliedes zur stellvertretenden Teilnahme des Inklusionsbeirates am Ausschuss für Infrastruktur, Umwelt, Sicherheit und Ordnung
0013/2022

Es wird der folgende **Beschluss** gefasst:

Dem Rat wird empfohlen, Frau Roswitha Lawrenz als Stellvertretung in den Ausschuss für Infrastruktur, Umwelt, Sicherheit und Ordnung zu entsenden.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

10.1. Wahl eines neuen Beiratsmitgliedes als Nachfolge eines ausgeschiedenen Mitglieds
0014/2022

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen, da zur Ausschusssitzung noch kein Mitglied aus dem Verein Die Kette e.V. zur Entsendung in den Inklusionsbeirat feststand.

10.2. Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Inklusionsbeirates
0015/2022

Es wird der folgende **Beschluss** gefasst:

Dem Rat wird empfohlen, aus dem Blinden- und Sehbehindertenverein RBK Frau Block-Theissen als ordentliches Mitglied in den Inklusionsbeirat zu benennen

Ebenfalls aus dem Blinden- und Sehbehindertenverein RBK Herrn Nicolaus Mohr, Cederwaldstraße 24, 51469 Bergisch Gladbach als Stellvertretung für Frau Block-Theissen zu benennen.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

10.3. Entsendung von einem Beiratsmitglied sowie einer persönlichen Stellvertretung in den neu zu bildenden Ausschuss "Ausschuss für die Konversion des Zandersgeländes"
0104/2022

Es wird der folgende **Beschluss** gefasst:

Dem Rat wird empfohlen, Herrn Friedhelm Bihn in den neu zu bildenden Ausschuss für die „Konversion des Zanders-Geländes“ zu entsenden.

Frau Sonja Schumacher wird als Stellvertretung in den neu zu bildenden Ausschuss für die Konversion des Zanders-Geländes entsandt.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

11. App: Gut versorgt in Bergisch Gladbach
0070/2022

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

11.1. Information zur Seniorenkulturwoche
0114/2022

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

11.2. Wahl eines Beiratsmitgliedes zur Teilnahme des Seniorenbeirates am Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Mann und Frau sowie Wahl eines beratenden Mitglieds und deren Stellvertretung für den Ausschuss für die Konversion des Zanders-Gelände
0122/2022

Für die Wahl in den neuen Ausschuss für die Konversion des Zanders-Geländes konnte bis zur Ausschusssitzung des ASWDG kein Mitglied gefunden werden.

Es wird der folgende **Beschluss** gefasst:

Dem Rat wird empfohlen Herrn Dr. Adler als Nachfolger für Frau Martina Klupp, die zwischenzeitlich von ihrer Fraktion zur stellvertretenden Ausschussvorsitzenden in den ASWDG gewählt wurde, zu entsenden.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

12. Bericht über das geordnete Auszugsmanagement im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements der Stadt Bergisch Gladbach
0044/2022

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13. Projekt "Aufsuchende Hilfen Bergisch Gladbach Innenstadt" - Jahresbericht 2021 des Netzwerkes Wohnungsnot
0092/2022

Herr Hildner weist noch einmal darauf hin, dass bei Wiedereröffnung des „Erstplatzes“ das angrenzende Jugend-Cafe nicht aus dem Blick geraten dürfe.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

14. Unterbringungssituation im Bereich Flüchtlinge
0829/2021

Frau von Berg weist darauf hin, dass der Ist-Zustand in der Vorlage nicht die Situation der Ukraine-Flüchtlinge mitabbilde, da die Vorlage bereits vor dem Kriegsausbruch entstanden sei.

Herr Migenda gibt einen kurzen Überblick über die derzeitige Situation:

Man sei von der Dynamik des Flüchtlingsstroms überrascht, aber man habe aus der Situation von 2015 gelernt. Es gebe eine sehr große Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung, die über die Verwaltung koordiniert werde. Hier leiste der FB 5 und FB 10 einen riesigen Anteil, aber auch die Netzwerke und Vereine helfen mit ihrem Einsatz.

Es gebe keinen Zuzug, der über den Staat koordiniert werde. Viele Menschen kommen bereits über Verwandte oder aus Eigeninitiative mit dem Auto hier an. Die DB transportiere Flüchtlinge aus der Ukraine kostenfrei. Es werde niemand aus der Stadt weggeschickt. Die Flüchtlinge haben durch ihren besonderen Status ein Bleiberecht von einem Jahr. Wenn sie sich hier registrieren lassen, haben sie Ansprüche aus dem Asylbewerberleistungsgesetz und auch Ansprüche auf, z. B. Kita- und Schulbesuch, medizinische Versorgung etc. Viele Flüchtlinge seien privat untergekommen, die Stadt habe verschiedene Erstaufnahmestellen eingerichtet, weitere Aufnahmestellen sind in Vorbereitung. Zurzeit gebe es Gespräche mit der Bezirksregierung, dem Kreis und dem Ministerium. Leider gebe das Land zurzeit wenig Unterstützung. Herr Migenda betont, dass das derzeitige Engagement der Verwaltung großartig sei. Aber es könne nur ein Schritt nach dem anderen erfolgen. Erst müssen die Menschen untergebracht werden, dann müssen Kita- und Schulplätze gefunden werden. Hier gebe es bereits Ansätze und Ideen des FB 4, so sollen z. B. Begrüßungsklassen eingerichtet werden.

Herr Klaas fragt nach, ob die Verwaltung sage könne, was an Spenden noch benötigt werde.

Herr Migenda teilt mit, dass Spenden an die gängigen Organisationen gehen sollen, die die Spenden vor Ort einsetzen. Die Verwaltung leiste zurzeit nur pflichtige Aufgaben, für die keine Spendengelder genommen werden dürfen.

Frau von Berg und die Fraktionen bedanken sich bei der Verwaltung für ihr besonderes Engagement.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

15. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen vor.

16. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Anfragen der Ausschussmitglieder vor.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 18.58 Uhr geschlossen.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.